



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT  
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE  
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision

Decisione

25. April 1985

DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

683

Ausgestellt: 3003 Bern, 15. April 1985

An den Bundesrat

Schriftliche Beantwortung  
 85.340 Interpellation Ruf-Bern vom 8.2.1985  
 Asylantenkriminalität

Aufgrund des Antrages des EJPD vom 15. April 1985  
 Schriftliche Beantwortung  
 Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird  
 Asylantenkriminalität

beschlossen:

Die Antwort auf die Interpellation Ruf wird gutgeheissen.  
 Die Antwort auf die Interpellation Ruf-Bern wird gutgeheissen.

Die Politische Direktion des EDA und das Bundesamt für  
 Ausländerfragen sind mit der Antwort einverstanden. Die  
 Vorschläge der Bundesanwaltschaft sind abgelehnt.

Für getreuen Auszug,  
 der Protokollführer:

EIDGENÖSSISCHES

JUSTIE- UND POLIZEIDEPARTEMENT

An den Nationalrat

Beilagen:

Antwort deutsch  
 und französisch

Nationalrat

Protokollauszug an:

Protokollauszug an:				
<input type="checkbox"/> ohne / <input checked="" type="checkbox"/> mit Beilage				
Nr.	z. K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	6	-
		EDI		
	X	EJPD	5	-
		EMD		
		EFD		
		EVD		
		EVED		
	X	BK	4	-
		EFK		
		Fin. Del.		





EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

Ausgeteilt 3003 Bern, 15. April 1985

An den Bundesrat

Schriftliche Beantwortung  
 85.340 Interpellation Ruf vom 8. Februar 1985  
 Asylantenkriminalität

Die Antwort auf die Interpellation Ruf wird gutgeheissen  
 (s. Beilage).

Die Politische Direktion des EDA und das Bundesamt für  
 Ausländerfragen sind mit der Antwort einverstanden. Die  
 Vorschläge der Bundesanwaltschaft wurden berücksichtigt.

EIDGENÖSSISCHES  
 JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT

Beilagen:

Antwort deutsch  
 und französisch

An den Nationalrat

Protokollauszug an:

85.340 Interpellation Ruf vom 8.2.1985  
Asylantenkriminalität

---

Text des Vorstosses

Mit zunehmender Beunruhigung nimmt die Schweizer Oeffentlichkeit die Zunahme der von Asylbewerbern begangenen kriminellen Handlungen zur Kenntnis. Erinnerung sei insbesondere an die stundenlange Vergewaltigung einer kranken Schweizerin durch rund zehn Tamilen im September 1984 in Bern. Die verübten Verbrechen und Vergehen reichen von Diebstahl bis zu Raub, Körperverletzung, Vergewaltigung und weiteren Gewaltdelikten. Nachweislich werden zahlreiche Straftaten von Asylanten durch die Medien der Oeffentlichkeit vorenthalten, um diese negativen Folgen der fragwürdigen Asylpolitik des Bundes zu vertuschen.

Eine Veröffentlichung genauer Angaben über die tatsächliche Situation durch den Bund, der von den kantonalen Untersuchungs- und Gerichtsorganen über jeden Einzelfall unterrichtet wird, ist von grossem öffentlichen Interesse.

Der Bundesrat wird um detaillierte Antworten zu folgenden Fragen gebeten:

1. Welche Verbrechen und Vergehen wurden von Asylbewerbern seit Inkrafttreten des Asylgesetzes im einzelnen verübt (es wird eine detaillierte Statistik mit folgenden Angaben über die einzelnen Straftaten gewünscht)?
  - Art des Verbrechens oder Vergehens (Straftatbestand)
  - Datum und Ort
  - Geschädigte: Schweizer oder Ausländer (Staatsangehörigkeit)
  - Folgen für die Geschädigten (Deliktsumme, Art und Schwere der Körperverletzung, bleibende Folgeschäden, etc.)
  - Name(n) des(der) Täter(s), Staatsangehörigkeit

25.4.1985

- rechtliche Konsequenzen (Strafverfahren, Gerichtsurteil)
- Strafverbüssung (ja oder nein, wie lange)
- Behandlung des(der) Asylgesuche(s) (Verfahrensstand, Entscheidung)
- Ausschaffung: wenn ja, wann: falls nein, wieso nicht
- Aufenthaltsort des(der) Täter(s)

Zudem sollen Gesamtzahlen darüber angegeben werden,

- wieviele Verbrechen und Vergehen von Asylanten total, sowie unterteilt nach einzelnen Straftatbeständen jährlich verübt worden sind;
- aus welchen Ländern wieviele dieser Asylbewerber herkommen;
- wieviele der straffällig gewordenen Asylanten sich noch in der Schweiz befinden.

2. Welche Konsequenzen haben strafbare Handlungen von Asylbewerbern auf die Beurteilung ihrer Asylgesuche?
3. Teilt der Bundesrat die Ansicht, die Begehung eines Verbrechens oder Vergehens müsse in jedem Falle zur Asylunwürdigkeit der Täter und demzufolge zu einer Ablehnung der entsprechenden Gesuche führen?
4. Weshalb sind die abgewiesenen straffällig gewordenen Asylanten nicht ausnahmslos ausser Landes gewiesen worden?
5. Ist der Bundesrat bereit, kriminelle Asylanten fortan ohne Ausnahme aus der Schweiz ausschaffen zu lassen?
6. Falls der Bundesrat die unter 3. und 5. gestellten Fragen verneint:
  - a. Wie kann es der Bundesrat, dessen Mitglieder in ihrem Amtseid geschworen haben, "die Einheit, Kraft und Ehre der schweizerischen Nation zu wahren; die Unabhängigkeit des Vaterlandes, die Freiheit und die Rechte des Volkes und seiner Bürger zu schützen ...", gegenüber dem Schweizer Volk verantworten, Verbrechern und Kriminellen Asyl zu gewähren oder sie mindestens nicht ausschaffen zu lassen? Dies, nachdem sie die ihnen durch die Schweiz gewährte Grosszügigkeit krass missbrauchten, und es sich ohnehin

meist um reine "Wirtschaftsflüchtlinge" und "Asyltouristen" handelt, wie die Asylentscheide des Bundesamtes für Polizeiwesen und des EJPD beweisen.

- b. Ist der Bundesrat nicht auch der Ansicht, dem Schweizer Volk könne die Anwesenheit krimineller Asylbewerber - bei denen es sich meist um illegal eingereiste Personen handelt - keinesfalls länger zugemutet werden?
7. Welche vorbeugenden Massnahmen gedenkt der Bundesrat zu ergreifen, um die Zahl der von Asylbewerbern verübten Delikte zum Schutz der Schweizer Bevölkerung so weit wie möglich zu verringern?
8. Ist der Bundesrat angesichts der zunehmenden Gewaltakte durch Asylbewerber zur Einsicht gelangt, die Asylantenkriminalität sei eine Folge des geltenden Asylgesetzes, das zu Missbräuchen direkt einlädt und welches mit seiner Magnetwirkung zu einer grossen Zahl von offensichtlich falschen Flüchtlingen geführt hat, wodurch Konflikte verschiedenster Art geradezu vorprogrammiert worden sind?
9. Ist der Bundesrat willens, die Ursache der aufgezeigten Schwierigkeiten zu beheben, indem er raschestmöglich eine restriktive Revision des Asylgesetzes vorbereitet, die potentielle Wirtschaftsflüchtlinge und Asyltouristen wirksam von unseren Grenzen fernhält?
10. Kann sich der Bundesrat bereit erklären, künftig regelmässig in Pressemitteilungen über die von Asylbewerbern begangenen Straftaten zu informieren?

Mitunterzeichner: Meier-Zürich, Oehen, Soldini, Steffen (4)

Antwort des BundesratesZu Frage 1

Der Bund verfügt nicht über das notwendige statistische Material, um die gewünschten Auskünfte betreffend Delinquenz von Asylbewerbern erteilen zu können. Weder aus dem Eidgenössischen Strafregister noch aus der Polizeilichen Kriminalstatistik, die vom Schweizerischen Zentralpolizeibüro geführt werden, ist ersichtlich, ob es sich beim Straftäter um einen Asylgesuchsteller handelt. Mit grossem Aufwand liesse sich ein derartiges Unterscheidungsmerkmal lediglich den Strafscheiden der kantonalen Behörden entnehmen.

Es besteht kein Anlass, bei den registrierten Straftätern Asylbewerber auszuscheiden. Diese sind bisher nicht durch ausserordentliche Kriminalität aufgefallen. Eine gesonderte Erfassung wäre unter diesen Umständen eine nicht zu rechtfertigende diskriminatorische Massnahme. Wissenschaftliche Studien zur angeblichen Ueberkriminalität der Ausländer im allgemeinen kommen zum Ergebnis, dass kein Grund dafür besteht, die Ausländer im Vergleich zu den Einheimischen als besonders kriminell zu stigmatisieren.

Zu den Fragen 2 und 3

Im Falle schwerer Delinquenz (völkerrechtliche Delikte wie Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit; schwere, nicht politische Verbrechen; Gefährdung oder Verletzung der innern oder äussern Sicherheit der Schweiz) kann einem Gesuchsteller die Aufnahme in der Schweiz wegen Asylunwürdigkeit verweigert werden (Art. 8 des Asylgesetzes). Es würde einen klaren Rechtsbruch darstellen, ungeachtet der Schwere des begangenen Delikts in jedem Fall von Straffälligkeit das Asyl zu verweigern. Art. 8 des Asylgesetzes betr. Asylunwürdigkeit muss im Lichte der von der Schweiz ratifizierten Flüchtlingskonvention ausgelegt werden. Nach Art. 1 F des

Flüchtlingsabkommens werden nur solche Personen nicht als Flüchtlinge anerkannt, die in schwerwiegender Weise gegen Völkerrecht oder das gemeine Recht verstossen haben.

Zu den Fragen 4 und 5

Nach Art. 19 des Asylgesetzes haben Asylgesuchsteller - auch straffällig gewordene - während der Dauer ihres Verfahrens grundsätzlich ein Anwesenheitsrecht in der Schweiz. Wird ein Asylgesuch abgelehnt, so verfügt das Bundesamt für Polizeiwesen in der Regel die Wegweisung aus der Schweiz. Die Ausschaffung abgelehnter Asylbewerber als Entfernungsmassnahme obliegt den Kantonen.

Anerkannte Flüchtlinge können nur unter den strengen Voraussetzungen der Art. 43 und 45 des Asylgesetzes aus der Schweiz ausgewiesen oder in ihr Herkunftsland zurückgeschoben werden, namentlich wenn sie ein Staatsrisiko darstellen oder als gemeingefährlich gelten müssen.

Zu Frage 6

Aus den Antworten zu den Fragen 2 - 5 geht hervor, dass der Bundesrat die Forderungen des Interpellanten aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnt; zudem stehen ihnen die Bestimmungen der Flüchtlingskonvention und des Asylgesetzes entgegen. Wegweisung und Ausschaffung aus der Schweiz kommen erst nach Durchführung des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens zur Feststellung der Flüchtlingseigenschaft in Frage.

Zu Frage 7

Da die Asylbewerber nicht durch besondere Kriminalität auffallen, erübrigen sich vorbeugende Massnahmen.

Zu den Fragen 8 und 9

Der Bundesrat tritt der Auffassung entschieden entgegen, dass das geltende Asylgesetz auf die Kriminalität einzelner Asylbewerber irgendeinen Einfluss hat.

Auch die ungerechtfertigte Inanspruchnahme des Asylschutzes kann keinesfalls als kriminelle Handlung angesehen werden.

Zu Frage 10

Der Bundesrat lehnt die Forderung, Pressemitteilungen über die Delinquenz der Asylbewerber zu machen, ab. Auch hier handelt es sich um eine diskriminatorische Massnahme, die durch nichts zu rechtfertigen ist.



85.340 Interpellation Ruf du 8 février 1985  
Criminalité des demandeurs d'asile

Texte de l'interpellation

L'opinion publique suisse est de plus en plus inquiète devant la multiplication des actes criminels commis par les demandeurs d'asile. Qu'on se remémore en particulier l'incident au cours duquel une dizaine de Tamouls ont violé pendant toute une nuit une Suissesse malade en septembre 1984 à Berne. Les délits perpétrés vont du simple vol au cambriolage, y compris les lésions corporelles, le viol et d'autres violences criminelles. Il est en outre établi que de nombreux délits commis par les demandeurs d'asile sont cachés aux médias et au public afin de taire les suites négatives de la douteuse politique d'asile de la Confédération.

Il est du plus haut intérêt que le public soit renseigné exactement sur la situation réelle par l'Etat central, qui est informé de cas d'espèce par les polices et les tribunaux cantonaux.

Le Conseil fédéral est prié de répondre avec précision aux questions suivantes :

1. Quels délits et crimes ont été commis par les demandeurs d'asile depuis l'entrée en vigueur de la loi sur l'asile ? Nous demandons une statistique détaillée comprenant les précisions suivantes pour chaque cas :

- nature du crime ou délit (état des faits constitutifs de l'infraction),
- lieu et date,
- citoyenneté des lésés (suisse ou étrangers),
- dommages subis par le lésé (montant du délit, nature et gravité des lésions corporelles, conséquences durables, etc.),
- nom et citoyenneté du ou des délinquants,
- suites judiciaires (procédure pénale, verdict),
- exécution de la peine (oui ou non, durée),
- suite donnée à la demande d'asile (état de la procédure, décision),
- décision d'expulser ou non avec date dans l'affirmative et motif dans la négative,
- lieu de séjour du ou des délinquants.

Nous souhaitons aussi des chiffres globaux sur les points suivants :

- nombre total et ventilé par type d'infraction de tous les crimes et délits commis annuellement par les demandeurs d'asile,
  - nombre de demandeurs d'asile par pays d'origine,
  - nombre de demandeurs délinquants se trouvant encore en Suisse.
2. Quel effet ont les actes délictueux des demandeurs sur l'appréciation de leur requête ?
  3. Le Conseil fédéral est-il d'avis que tout délit doit entraîner le rejet de la demande d'asile ?
  4. Pourquoi les demandeurs dont les requêtes ont été rejetées et qui sont tombés sous le coup de la loi n'ont-ils pas été expulsés sans exception de notre pays ?
  5. Le Gouvernement est-il prêt dorénavant à expulser tout demandeur d'asile devenu délinquant ?
  6. Au cas où le Gouvernement répondrait non aux questions 3 et 5 :
    - a. Comment les membres du Conseil fédéral, qui ont juré de "sauvegarder l'unité, l'honneur et l'indépendance de la patrie suisse, de défendre la liberté et les droits du peuple et des citoyens ..." peuvent-ils répondre devant le peuple du fait qu'ils accordent l'asile à des criminels ou du moins qu'ils s'abstiennent de les éjecter, et ce après que des requérants ont gravement abusé de la générosité témoignée à leur encontre en Suisse alors qu'ils ne sont de toute façon pour la plupart que des "réfugiés économiques", des "demandeurs d'asile touristiques", comme le prouvent les décisions de l'Office fédéral de la police et du département dont il relève ?
    - b. Le Conseil fédéral ne pense-t-il pas comme nous qu'il n'est plus possible de demander au peuple suisse de tolérer la présence de demandeurs d'asile criminels, dont la plupart sont d'ailleurs entrés illégalement dans notre pays ?
  7. Quelles mesures provisionnelles le Gouvernement entend-il prendre pour réduire autant que possible le nombre des délits commis par des demandeurs d'asile et afin de protéger la population suisse ?
  8. Vu le nombre croissant d'actes de violence commis par des requérants d'asile. L'Exécutif a-t-il compris que la criminalité de ces réfugiés est une conséquence de l'actuel-

le loi sur l'asile, qui par sa teneur même invite aux abus et qui exerce de plus un attrait manifeste sur un nombre élevé de faux réfugiés ? Est-il conscient que cette loi sert à "préprogrammer" les conflits les plus divers ?

9. Le Conseil fédéral est-il disposé à éradiquer la cause de toutes les difficultés énumérées ci-avant en élaborant au plus vite une révision de la loi sur l'asile de manière à la rendre plus restrictive et à maintenir efficacement hors de nos frontières les faux réfugiés potentiels ?
10. Le Gouvernement peut-il enfin se déclarer prêt à informer à l'avenir la population par des communiqués sur les délits commis par des demandeurs d'asile ?

Cosignataires : Meier-Zurich, Oehen, Soldini, Steffen

#### Réponse du Conseil fédéral

A la première question :

La Confédération ne dispose pas d'éléments statistiques lui permettant de fournir les renseignements désirés sur la délinquance des demandeurs d'asile. Il ne ressort ni du casier judiciaire, ni des statistiques de la police criminelle, tenues par le Bureau central suisse de police, que les délinquants sont candidats à l'asile. Seuls les jugements pénaux des autorités cantonales permettraient, à grand peine, de faire une telle distinction.

Il n'y a pas de raison non plus de distinguer les demandeurs d'asile des délinquants incriminés; ils ne se sont pas fait remarquer par une criminalité extraordinaire jusqu'ici. Leur recensement apparaîtrait, dans de telles conditions, comme une mesure discriminatoire difficilement justifiable. Les études scientifiques entreprises quant à une prétendue criminalité accentuée de la part des étrangers en général ont conclu qu'il n'était pas possible de les considérer comme plus enclins à commettre des délits que les indigènes.

Aux questions 2 et 3 :

L'asile en Suisse peut être refusé à un requérant pour cause d'indignité (art. 8 de la loi sur l'asile) en cas de délinquance grave (délits relevant du droit des gens, tels que

crimes contre la paix, crimes de guerre, crimes contre l'humanité; délits graves sans caractère politique, mise en danger ou atteinte à la sûreté intérieure ou extérieure de la Suisse). Refuser l'asile dans chaque cas où un délit est commis, indépendamment de sa gravité, constituerait une violation du droit. L'indignité au sens de l'article 8 de la loi sur l'asile doit être interprétée à la lumière de la Convention relative au statut des réfugiés, ratifiée par la Suisse, et dont l'article 1, lettre F, précise que le statut de réfugié ne pourra être reconnu aux personnes coupables de crimes graves de droit commun ou de droit de gens.

Aux questions 4 et 5 :

En vertu de l'article 19 de la loi sur l'asile, les demandeurs d'asile - mêmes s'ils sont inculpés - peuvent en principe séjourner en Suisse durant la procédure. Lorsque la demande d'asile est rejetée, l'Office fédéral de la police prononce, en règle générale, le renvoi de Suisse. Le rapatriement, en tant que mesure d'éloignement des requérants, dont la demande a été rejetée incombe aux cantons.

Les réfugiés reconnus ne peuvent être expulsés de Suisse ou renvoyés dans leur pays d'origine qu'en accord avec les dispositions impératives des articles 43 et 45 de la loi sur l'asile, c'est-à-dire s'ils représentent un danger pour l'Etat ou doivent être considérés comme dangereux pour la communauté.

A la question 6 :

Il découle des réponses aux questions 2 à 5 que le Conseil fédéral rejette, pour des questions de principe, les exigences formulées par l'auteur de l'interpellation; en outre, la Convention sur le statut des réfugiés et la loi sur l'asile s'y opposent d'ailleurs. Un renvoi de Suisse ou un rapatriement n'entre en considération qu'une fois accomplie la procédure légale prescrite pour déterminer le statut de réfugié.

A la question 7 :

Etant donné que les demandeurs d'asile ne se signalent pas par une délinquance particulière, des mesures préventives ne s'imposent pas.

Aux questions 8 et 9 :

Le Conseil fédéral est d'un avis totalement opposé à celui qui voudrait que la loi sur l'asile en vigueur influence en quelque manière que ce soit la criminalité de certains demandeurs d'asile.

684

Même une sollicitation abusive de la protection de l'asile ne peut être en aucun cas considérée comme un acte à caractère criminel.

A la question 10 :

Le Conseil fédéral rejette la proposition de signaler à la presse les délits commis par les demandeurs d'asile. Il s'agirait ici encore d'une mesure discriminatoire que rien ne justifierait.

Beschlussamt

Die Antwort auf die Motion der CVP-Fraktion wird gutgeheissen.

Für getragenen Auszug,  
Der Protokollführer  
*[Signature]*

An den Nationalrat

Protokollauszug art.  
7, Abs. 1 lit. b) Bst. 1

	A. K.	Dem.	Lib.	Antes
		104		
		52	4	
	X	110	4	
		80		
		110		
	X	110	4	
	X	110	4	
	X	110	4	
		110		
		110		